

# Alles schlechter geworden?

Reinhard Pohl

*Seit es den Flüchtlingsrat in Schleswig-Holstein gibt, bin ich mehr oder weniger dabei. Nicht mittendrin – ich war nie im Vorstand oder in der Geschäftsstelle beschäftigt. Aber eines meiner Themen, bei Veröffentlichungen oder als Referent bei Veranstaltungen, ist Flucht und Asyl.*



Unterschriftenaktion 2005

## *Drei Jahrzehnte Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein – es geht noch mehr!*

Der Flüchtlingsrat entstand in einer Situation, in der die deutsche Öffentlichkeit sehr kontrovers über Flüchtlinge diskutierte. Die Grenze zum Osten war von dort aus geöffnet worden. Das wurde im Westen bejubelt – bis man nach einigen Tagen bemerkte, dass jetzt Menschen diese zuvor fast undurchdringliche Grenze passieren konnten. Und das waren eben nicht nur DDR-BürgerInnen, dazu Menschen aus Polen oder Ungarn – es kamen auch Flüchtlinge aus Rumänien, aus Sri Lanka oder aus Afghanistan. In Polen regierte damals eine Militärregierung, die Diktatur in Rumänien war allgemein verrufen. Aber die Flüchtlinge waren oft Roma, afghanische Flüchtlinge waren Muslime – das wollten viele nicht.

### **Historische Situation**

Die SPD reagierte damals, angeblich vor allem auf Druck ihrer örtlichen Bürgermeister: Sie stimmte der Grundgesetzänderung zur Abschaffung des Asylrechtes zu, führte mit dem Asylbewerberleistungsgesetz eine Schlechterstellung der Flüchtlinge ein und sorgte mit dafür, Flüchtlingslager zu bauen. Das waren Erstaufnahmeeinrichtungen mit mindestens 500 Plätzen in jedem Bundesland, aber auch Flüchtlingsheime vor Ort. Das Ziel war Abschreckung.

Ich habe damals begonnen, Besuche dieser Unterkünfte mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern zu organisieren. Dadurch konnten einige Verbesserungen innerhalb der Unterkünfte erreicht werden, aber keine grundsätzliche Änderung im „Lagersystem“ – ein Problem, mit dem der Flüchtlingsrat bis heute zu kämpfen hat, wenn es zum Beispiel um den Zugang durch eine unabhängige Verfahrensberatung geht.

Es gab damals auch eine große Bewegung. So gab es vor der Entscheidung

des Bundestages, das Asyl im Grundgesetz abzuschaffen, eine von Tausenden getragene „Belagerung“, die das Bundestagspräsidium dazu zwang, Abgeordnete auf Rheinschiffen an der Demonstration vorbei zu schleusen.

### **Duldung**

Die 30 Jahre wurden durchzogen von der Diskussion über die „Duldung“, die es immer wieder in der Rechtstheorie nicht geben durfte. Die Regierungstheorie sagte immer wieder, vor allem in Wahlkämpfen: Wenn der Asylantrag anerkannt wird, bleibt man. Wird der Asylantrag abgelehnt, reist man aus.

Die Hunderttausendfache Wirklichkeit sah immer anders aus, und das machte immer einen großen Teil der Arbeit des Flüchtlingsrates aus. Ich habe auch immer mal wieder einen Artikel geschrieben, ein Interview geführt oder ein Buch besprochen, in dem es darum ging: Was macht man mit den Menschen, die kein Aufenthaltsrecht haben, aber auch keine andere Heimat?

Es gab vermutlich Hunderte von Veranstaltungen und Tausende von Beratungen, auch unter Zuhilfenahme von Informationen vom Flüchtlingsrat sowie Dutzende von Unterschriftensammlungen, die sich um diese Problematik drehten – und bis heute drehen. Man kann ja, was vermutlich nur hartgesottene Mitglieder tun, das Archiv der Liste durchsehen, wie oft die „Duldung“ Thema war. Und der unterschiedliche Umgang damit: 2005 schlug die Bundesregierung im neuen Aufenthaltsgesetz die Abschaffung vor. Klar, sie reisen ja bekanntlich aus, wenn der Antrag abgelehnt ist. Dann gab es Dutzende Warnungen von Expertinnen und Experten, und knapp vor Verabschiedung wurde ein Paragraph zwischen § 60 und

§ 61 geschoben, der uns dann wieder die Duldung brachte.

## Zumutung und Geldverschwendung

2015 sollte es dann plötzlich umgekehrt sein: CDU und SPD verhandelten, im Bundesrat wurden noch FDP und Grüne beteiligt, und seit 2020 haben wir vier Duldungen. Die Beratungsarbeit und auch die Veröffentlichungen des Flüchtlingsrates haben sich in den letzten fünf Jahren aber dadurch nicht vervierfacht, sondern mindestens verachtacht, wobei wir froh sein können, in Schleswig-Holstein noch mehr Möglichkeiten zu haben als in südlicheren Bundesländern.

Für den Flüchtlingsrat ist es eine wichtige Aufgabe, den Spagat hinzubekommen: Der (deutschen) Öffentlichkeit immer wieder erklären, dass „Duldung“ eine Zumutung für alle Betroffenen ist, aber auch eine ungeheure Geldverschwendung. Eine einfache Neuregelung könnte allen nach 18 Monaten eine Aufenthaltserlaubnis geben, bei Ausbildung oder Arbeit könnte man gleich eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, das wäre für Behörde, Schulen und Betriebe eine bürokratische und damit finanzielle Erleichterung, den Betroffenen bringt es die nötige Ruhe für eine solide Zukunftsplanung.

Gleichzeitig muss der Flüchtlingsrat aber Betroffenen (über die Beratungsstellen, vor allem aber über die Freundeskreise und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer) immer wieder vermitteln, dass die „Duldung“ kein Aufenthaltstitel ist, für die sie vielerorts noch immer gehalten wird. Das ist insbesondere bei den neuen „Anspruchsduldungen“ anspruchsvoll, weil das für viele zu komplex ist.

## Und die Zukunft?

Allgemein wird in der Szene beklagt, es würde immer schwerer. Die Situation, der gesetzliche Rahmen wird immer weiter verschlechtert. Es gibt immer weniger Möglichkeiten.

Ich kann das nicht bestätigen. In der Politik gibt es zumindest eine Ahnung, dass einfache Ideen (siehe oben: Ablehnung gleich Ausreise) nicht funktionieren. Leider fehlt der Mut, dies auch so ins Aufenthaltsgesetz zu schreiben. Aber man kann weiter von Bundestagswahl zu Bundestagswahl hoffen, dass eine neue Regierung das Grundproblem der Unehrllichkeit im Aufenthaltsgesetz angeht und mutig



**Kieler Woche 2005. Mit mehr als 6.000 Unterschriften fordert ein Bündnis vom Innenministerium ein Bleiberecht für alle Geduldeten, die seit fünf Jahren in Schleswig-Holstein leben.**

mitteilt: Sie bleiben ja doch hier, warum nicht gleich richtig.

Das größere Problem, dem sich der Flüchtlingsrat gegenübersteht, ist meiner Meinung nach das herrschende Kriterium Menschen nach ihrer Nützlichkeit zu beurteilen und danach auch die Gruppe der Abgelehnten, Geduldeten zu unterteilen. Dieses Prinzip schleicht sich auch immer wieder in die Forderungen und Unterschriftensammlungen der Freundeskreise ein: Die (böse) Ausländerbehörde will diese nette Familie abschieben. Fotos von niedlichen Kindern. Dabei hat der Mann Arbeit gefunden. Vielleicht sogar in einem Mangelberuf. Ehepaar, drei Kinder, keine Vorstrafen.

So fallen diejenigen unter den Tisch, die vielleicht nicht nützlich sind – die Alleinerziehenden, die eben nicht arbeiten können, weil sie es noch nicht einmal geschafft haben, Deutsch zu lernen. Die Traumatisierten, die schon zweimal (aus unbekanntem Gründen, es gibt ja weder Therapie noch Gutachten) die Ausbildung abgebrochen haben. Wie setzen wir uns für diejenigen ein, die nicht nützlich sind, aber eigentlich die gleichen Menschenrechte haben müssten?

## Wo ein politischer Wille ist, finden sich auch Wege

Der Flüchtlingsrat wird auch in Zukunft keine andere Möglichkeit haben, als in verschiedene Richtungen verschieden

zu agieren: Freundeskreisen zu raten, für jeden einzelnen Betroffenen eine individuelle Lösung zu suchen. Die Landesregierung zu bequatschen, den Ausländerbehörden großzügige humanitäre Regelungen nahe zu legen. Und von „der Politik“ eine grundsätzliche Offenheit für die Einwanderung zu fordern, insbesondere für Menschen, die „nur“ ein besseres Leben wollen.

Das alles schlechter oder schwieriger geworden ist, kann ich nicht bestätigen. In meiner frühesten Jugend wurden Tausende von Boat-People aufgenommen – damals übrigens mit der in der CDU völlig unstrittigen Rechtsauffassung, wer im Chinesischen Meer von einem deutschen Schiff gerettet wird, muss in Deutschland leben.

2016 waren es dann Hunderttausende, die aufgenommen wurden, zeitweise wurden sogar Asylverfahren mit kurzen Formularen und nur von Laiendolmetschern begleitet bis zur Anerkennung geführt. Das war eine deutliche Verbesserung, wenn auch nur für eine bestimmte Phase, und es hat nach seriösen Schätzungen zwischen acht und zwölf Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu mindestens zeitweise aktiven Flüchtlingshelfern gemacht. Das zeigt: Es geht noch mehr.

Reinhard Pohl lebt in Kiel, ist Mitglied im Flüchtlingsrat, Journalist, Herausgeber des Magazins für Politik und Kultur in Schleswig-Holstein Gegenwind und Publizist, steht verschiedenen Vereinen zu Flüchtlings- und einwanderungspolitischen Themen vor. [www.deutschland-und-die-Welt.de](http://www.deutschland-und-die-Welt.de)